

NZZ Podium vom 30. Oktober 2008

Amerika Kurz vor der Wahl

Referat von Dr. Andreas Rüesch, USA-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung»

Ist der amerikanische Traum in Gefahr?

1. Einleitung

Der amerikanische Wahlkampf hat eine halbe Ewigkeit gedauert, aber am nächsten Dienstag ist es so weit: Die Amerikaner wählen ihren nächsten Präsidenten, und es beginnt eine neue Ära in den Vereinigten Staaten.

In den letzten zwei Jahren haben wir alle miterlebt, wie das Feld der anfänglich fast zwanzig Bewerber auf zwei geschrumpft ist, wie vermeintliche Favoriten gestrauchelt sind und Aussenseiter für Überraschungen gesorgt haben, wie im Wahlkampf fundamentale Positionen aufeinanderprallten, oft aber auch nur Trivialitäten. Ich möchte dies hier nicht von neuem aufrollen, sondern mich dem Thema der historischen Entscheidung um das Weisse Haus von einer anderen Seite her nähern.

So gross die Unterschiede zwischen den Kandidaten nämlich auch sind, ist eines bemerkenswert: Als Inspiration dient beiden Parteien dieselbe Idee. Es ist die Idee des American Dream, und von diesem Traum möchte ich in meinem Referat sprechen.

2. Der amerikanische Traum als politische Idee

Zentral an der Idee des American Dream ist die Überzeugung, dass jeder Bewohner und jede Bewohnerin Amerikas mit harter Arbeit nach oben kommen kann. Es ist die Idee, dass nicht eine angeborene Klassen- oder Standeszugehörigkeit über den Erfolg im Leben entscheidet, sondern Fleiss und Fähigkeiten des Einzelnen. Im Extremfall bedeutet das, dass man von «rags to riches», vom Tellerwäscher bis zum Millionär aufsteigen kann.

Der Begriff des American Dream wurde 1931 vom Historiker James Truslow Adams geprägt, aber die Idee selber ist so alt wie die USA selber. Ausdruck davon ist, dass schon die Gründerväter in der Unabhängigkeitserklärung von unveräusserlichen Rechten sprachen, darunter «the pursuit of happiness», das Streben nach dem eigenen Glück.

Nun kann man einwenden, dass dieser Traum eben nur ein Traum ist, ein Mythos, der mit der Realität Amerikas wenig zu tun hat. Tatsächlich war es für einen schwarzen

Sklaven eine absurde Vorstellung, dass man mit harter Arbeit an die Spitze der Gesellschaft gelangen könnte. Auch der lange Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen illustriert die Grenzen des American Dream. Aber zumindest war der amerikanische Traum als politische Idee eine Kraft, die solche Diskriminierungen zu überwinden half. Er ist es auch heute noch.

Für eine Präsidentschaftskandidatur reicht nackte Ambition oder ein Sack voll Geld nicht. Wer Erfolg haben will, muss inspirieren können – einmal die Heerscharen von Helfern, die sich unentgeltlich für «ihren» Kandidaten abrackern, dann die Hunderttausend von kleinen und grossen Geldspender, und schliesslich das Wahlvolk selbst.

Dabei kommt kein Politiker daran vorbei, sich als Verteidiger des amerikanischen Traums zu inszenieren. Barack Obamas Bestseller «The Audacity of Hope» trägt nicht zufällig den Untertitel «Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream». Auch die wahrscheinliche nächste First Lady, Michelle Obama, kam am Wahlkonvent der Partei darauf zu sprechen. Sie habe den amerikanischen Traum selber erlebt, sagte sie und wies darauf hin, dass sie trotz ihrer Hautfarbe und ihrer Herkunft aus einer Arbeiterfamilie ein erstklassiges College besuchen konnte.

Die Republikaner gehen nicht anders vor. In der letzten Fernsehdebatte der beiden Kandidaten griff John McCain den Fall eines Spenglers namens Joe Wurzelbacher, alias Joe the Plumber, auf. Dieser Handwerker und Millionen von anderen Bürgern würden durch Obamas Steuererhöhungen daran gehindert werden, sich ihren American Dream von einem eigenen Geschäft zu erfüllen, behauptete McCain.

3. Wachsende Ungleichheit

Aber wie steht es in Wirklichkeit um den amerikanischen Traum?

Nach Auffassung des texanischen Politologen Cal Jillson, der ein Buch zu dem Thema geschrieben hat, rückt dieser Traum für immer mehr Amerikaner in die Ferne. Stimmt das? Sind die USA zu einem Land geworden, wo die Chancen zum wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Aufstieg geschwunden sind? Bei einer genaueren Betrachtung zeigt sich, dass der amerikanische Traum wohl weiterlebt, aber etwas angeschlagen ist.

Es lohnt sich, zunächst einen Blick auf das Problem der wachsenden Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft zu werfen. Die USA sind seit langer Zeit ein Land mit einer grossen Kluft zwischen Arm und Reich. Gemäss den neusten Einkommensstatistiken des staatlichen Zensus-Büros von diesem August fliesst die Hälfte aller Einkommen an die auf der Einkommensskala obersten 20 Prozent der amerikanischen Haushalte. Im Gegensatz dazu verdienen die ärmsten 20 Prozent der Haushalte nur etwas mehr als 3 Prozent aller Einkommen. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Einkommensverteilung in den USA so ungleich ist wie in keiner anderen westlichen Industrie-Nation. Das ist nicht neu; hinzu kommt aber, dass diese Ungleichheit in den letzten 40 Jahren noch markanter geworden ist.

Wohlgemerkt: Es stimmt nicht, dass nur die Reichen reicher werden und die Armen immer ärmer. Aber vom wirtschaftlichen Fortschritt haben nicht alle im gleichen Mass profitiert. Seit 1980 sind die Einkommen im untersten Fünftel der Gesellschaft teuerungsbereinigt um 12 Prozent gestiegen. Das oberste Fünftel hingegen verdient heute gut 50 Prozent mehr als damals. Und ganz an der Spitze der Skala sind die Einkommen noch dramatischer gewachsen. Die Gründe für dieses Auseinanderklaffen sind nicht eindeutig und können nicht mit klassenkämpferischer Rhetorik erklärt werden, wie das die Demokraten in ihren Kampagnen tun. Denn interessanterweise hat sich die Einkommensschere zwischen Arm und Reich ausgerechnet während der Ära Bush nicht mehr weiter geöffnet. Sie hat sich allerdings, trotz hohem sozialstaatlichem Aufwand, auch nicht verkleinert.

4. Beschränkte soziale Mobilität

Die meisten Amerikaner sind durchaus bereit, die Ungleichheiten in der Gesellschaft zu akzeptieren. Sie tun dies jedoch unter einer Voraussetzung: dass es weiterhin eine grosse wirtschaftliche Mobilität gibt. Dass also mit anderen Worten der Weg nach oben für alle ziemlich frei ist. Als unfair wird das System erst betrachtet, wenn immer die gleichen Leute auf den obersten Stufen der Einkommensleiter stehen und auf den untersten Stufen immer dieselben Leute festsitzen. Das wäre das Gegenteil des American Dream.

Nach meiner Erfahrung sind die meisten Amerikaner von der Fairness ihres Systems weiterhin überzeugt. Aber in diese Einschätzung mischt sich mehr und mehr Skepsis. Die Verwirklichung des American Dream ist schwieriger geworden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich das typische Familieneinkommen noch innerhalb einer einzigen Generation verdoppelt. In der Generation ab 1973 hingegen war der Zuwachs viel kleiner, rund 20 Prozent. Und in diesem Jahrzehnt ist das durchschnittliche Familieneinkommen überhaupt nicht mehr gewachsen. George Bush wird wahrscheinlich der erste Präsident der USA sein, der nach acht Jahren abtritt, ohne eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der breiten Bevölkerung vorweisen zu können. Noch ein Punkt ist bemerkenswert: Männer ungefähr in meinem Alter verdienen heute weniger gut als ihre Väter damals im selben Alter. Wenn heute trotzdem die meisten amerikanischen Familien besser dastehen als die vorherige Generation, so liegt das vor allem daran, dass heute viel mehr Familien noch einen Zweitverdiener oder eine Zweitverdienerin haben. Ohne die Ausbreitung des Doppelverdienertums wäre die typische amerikanische Familie mit einem wirtschaftlichen Abstieg konfrontiert gewesen.

Im Rahmen eines von der Pew-Stiftung finanzierten Projekts sind Fachleute verschiedener Think-Tanks kürzlich der Frage nachgegangen, wie viel Bewegung es auf

der amerikanischen Wohlstandsskala gibt. Sie haben die Einkommensposition von heutigen Erwachsenen mit jener ihrer Eltern verglichen. Dabei haben sie beim Mittelstand eine sehr hohe Mobilität festgestellt, nach oben wie nach unten. Bei den Ärmsten und bei den Reichsten sind die Strukturen jedoch starrer. 40 Prozent der Kinder, die in Familien aus dem einkommensschwächsten Fünftel der Gesellschaft geboren wurden, gehörten als Erwachsene immer noch dieser untersten Schicht an. Erfolgsgeschichten nach dem Muster des Tellerwäschers, der zum Millionär aufsteigt, waren sehr selten. Nur 6 Prozent der Kinder aus der untersten Schicht hatten es als Erwachsene bis ins oberste Fünftel der Einkommensskala geschafft. Das spiegelverkehrte Bild zeigt sich bei den Kindern aus der obersten Schicht. Wer in wohlhabende Verhältnisse hineingeboren wird, hat in den USA eine sehr hohe Chance, als Erwachsener später ebenfalls ein überdurchschnittliches Einkommen zu erzielen.

Ob die wirtschaftliche Mobilität in den USA tendenziell abgenommen hat, ist unter Fachleuten umstritten. Sicher ist, dass besonders für Einwanderer der American Dream weiterhin eine oft erlebte Realität ist. Sicher ist aber auch, dass viele Angehörige der Unterschichten, sehr oft handelt es sich um Leute aus der schwarzen Minderheit, in der Armut verharren und Kinder aus solchen Verhältnissen mit grossen Startnachteilen zu kämpfen haben.

Dass auch in Amerika, dem «land of opportunity», keine völlige Chancengleichheit herrscht, überrascht wohl kaum. Eher überraschend ist dagegen das Ergebnis von mehreren Studien aus den letzten Jahren, wonach die wirtschaftliche Mobilität und damit die Aufstiegschancen in den USA geringer sind als in vielen Ländern Europas.

5. Die Rolle der Bildung

Weshalb ist die Verwirklichung des amerikanischen Traums eher schwieriger geworden? Ein Hauptgrund liegt wohl in der Rolle der Bildung. Die Fähigkeit zum Aufstieg wird zunehmend von der Ausbildung her bestimmt. Für immer mehr Berufe ist der Besuch eines College die Voraussetzung. Amerikaner mit einem College-Diplom in der Tasche verdienen im Durchschnitt 70 Prozent mehr als ihre Landsleute, die nur die High School abgeschlossen haben. Kinder aus armen Familien sind dabei in einem doppelten Nachteil. Erstens sind die Volksschulen in ärmeren Orten in der Regel schlechter, und entsprechend haben solche Kinder mehr Mühe, Hochschulniveau zu erreichen. Zweitens ist der Besuch eines College eine hohe Investition, die für wohlhabende Familien leichter finanzierbar ist.

Eliteuniversitäten vergeben Stipendien, um begabten, aber wenig bemittelten Studierenden das Studium zu ermöglichen. Trotzdem werden gerade die

Elitehochschulen, die das Tor zu späteren Führungspositionen sind, hauptsächlich von Studenten aus wohlhabenden Familien besucht. Es gibt dabei einen Aspekt, den die Exponenten der sogenannten «Ivy-League» nicht gerne ansprechen: Ein Teil der Studienplätze sind für Kinder von ehemaligen Absolventen oder wichtigen Geldspendern reserviert. Es wird geschätzt, dass mindestens 10 bis 15 Prozent der «Ivy-League»-Studenten Kinder von Alumni sind und dank diesen Beziehungen erleichterten Zugang erhielten. Diese Privilegierung gerät zunehmend in die Kritik, weil sie dem Ideal einer meritokratischen, auf Leistung beruhenden Gesellschaft widerspricht.

6. Der American Dream als Traum der Politiker

Wie erwähnt, ist der amerikanische Traum eine Idee, auf die sich auch die Politiker gerne berufen. Nirgendwo zeigt sich das deutlicher als in der Politik zur Förderung des Wohneigentums. Der Besitz eines eigenen Hauses ist Symbol des amerikanischen Traums. Rund zwei Drittel der Amerikaner leben in ihren eigenen vier Wänden. Das ist verglichen mit hiesigen Verhältnissen ein hoher Anteil. Aber Politiker beider Parteien haben in den letzten Jahren energisch versucht, das Hauseigentum noch stärker zu fördern. Paradoxe Weise haben sie damit eher zu einem Albtraum als zu einem Traum beigetragen.

Ich spreche damit die Krise auf dem Immobilienmarkt an. Sie geht nicht nur auf die Profitgier privater Spekulanten zurück, wie manchmal vereinfachend behauptet wird. Der Staat hat die Exzesse im Bereich der Suprime-Hypotheken noch gefördert, anstatt sie zu bremsen. Auch der Staat hing der Vorstellung an, dass die Häuserpreise immer weiter steigen würden und dass die Vergabe von Hypotheken an Leute mit mangelhafter Kreditwürdigkeit ein vernachlässigbares Risiko sei.

Die Verbreitung des Wohneigentums in den unteren Schichten sehen Demokraten wie Republikaner als Aufgabe des Staates an. Präsident Bush lancierte schon früh ein Förderprogramm, das einkommensschwachen Bürgern ermöglichte, ein Haus praktisch zu hundert Prozent fremdfinanziert zu erwerben.

Bezeichnenderweise hiess dieses Programm «Initiative zur Anzahlung für den amerikanischen Traum» (American Dream Downpayment Initiative).

Von grösserer Bedeutung ist die Existenz der beiden staatsnahen Hypothekarkredit-Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac. Sie besitzen oder garantieren rund die Hälfte der Hypotheken in den USA. Dank ihrer faktischen Staatsgarantie können sie günstig Kapital aufnehmen und es in den Immobilienmarkt pumpen. Dabei operieren sie nicht ohne politische Vorgaben. Fast in planwirtschaftlicher Manier schrieb das Wohnbauministerium den beiden Unternehmen in den letzten Jahren vor, welchen Anteil ihrer Mittel sie in strukturschwachen Regionen einsetzen sollten. Fannie Mae und Freddie Mac taten dies mit Investitionen in den Subprime-Bereich. Im Urteil des Ökonomen Robert Samuelson handelt es sich um einen typischen Fall, wo gute Absichten zu einem schlechten Resultat führten. Der Subprime-Markt ist kollabiert; Fannie Mae, Freddie Mac und weitere Finanzinstitute mit Bergen von faulen Kreditpapieren mussten staatlich gestützt werden. Der Wille der Politiker, dem American

Dream etwas nachzuhelfen, bleibt jedoch ungebrochen. So hat der Republikaner McCain vorgeschlagen, 300 Milliarden Dollar für die Umschuldung problematischer Hypotheken auszugeben und den in Not geratenen Hausbesitzern – wie er sagte – den amerikanischen Traum zu ermöglichen. Im Gegensatz zur ursprünglichen Idee des American Dream – Erfolg aus eigener Kraft – scheint die Bewahrung dieses Traums in den Zeiten der Finanzkrise endgültig zu einer Aufgabe des Staates geworden zu sein.

7. Die Kandidaten und der amerikanische Traum

Was bedeutet die Präsidentenwahl für die Zukunft des amerikanischen Traums? Eine simple Antwort lautet, dass dieser Traum weiterhin intakt und real ist. Denn allem Anschein nach wird der nächste Präsident Barack Obama heißen, ein Politiker, der den American Dream geradezu verkörpert: Sohn eines afrikanischen Einwanderers, aufgewachsen in nichtprivilegierten Verhältnissen, ein politischer Selfmademan. Wenn er am 20. Januar 2009 auf den Stufen des Capitols als erster Schwarzer als Präsident der Vereinigten Staaten eingeschworen wird, wird das eine historische Szene sein, eine Szene, die wohl auch in vielen Teilen der Welt grossen Eindruck machen wird. Trotzdem ist die Realität komplizierter. John McCain und Barack Obama sehen beide eine Bedrohung für den amerikanischen Traum, aber sie geben ganz unterschiedliche Antworten darauf. McCain folgt im Grossen und Ganzen liberalen Überlegungen. Er will den Unternehmergeist fördern und damit jene Kraft stärken, die traditionell den American Dream angetrieben hat. Zu diesem Zweck will der Republikaner die Unternehmenssteuern senken und den geplanten Anstieg der Steuerprogression verhindern. Im Einzelnen sind seine innenpolitischen Pläne aber oft vage und unausgegoren; sein Hauptinteresse gilt der Aussen- und Sicherheitspolitik. Damit hat McCain die Stimmung im Land wohl falsch eingeschätzt, denn anders als noch vor einem Jahr stehen wirtschafts- und sozialpolitische Themen für die Wähler heute eindeutig im Vordergrund.

Eine andere Optik hat Obama. Er sieht einen Mittelstand, der durch steigende Gesundheits- und Energiekosten, durch Arbeitsplatzabbau und durch die Immobilienkrise in Bedrängnis geraten ist. Er will dem mit neuen Ausgabenprogrammen, staatlichen Regulierungen und einer verstärkten Umverteilung des Wohlstands entgegenwirken. In der Gesundheitspolitik zum Beispiel will er den Unternehmen vorschreiben, ihren Arbeitgebern eine Krankenkasse anzubieten; den Nichterwerbstätigen soll mit Hilfe von Subventionen eine erschwingliche Krankenversicherung ermöglicht werden. In Obamas Vorstellung vom amerikanischen Traum spielt die helfende Hand des Staates eine viel wichtigere Rolle als bei McCain.

Ob sich seine ambitionösen Pläne in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Energie verwirklichen lassen, ist eine andere Frage. Der Demokrat erweckt den Eindruck, als wäre alles schmerzlos machbar und als würde für die meisten Amerikaner sogar noch eine Steuersenkung drin liegen. Aber es ist schwierig zu sehen, wie seine Rechnung

aufgehen soll. Um seine Pläne zu finanzieren, müssten die Demokraten entweder die Steuern auf breiter Front erhöhen oder eine weitere Zunahme des Staatsdefizits in Kauf nehmen. Auch die Finanzkrise setzt ein Fragezeichen hinter die Wahlprogramme, weil diese noch zu konjunkturell rosigeren Zeiten ausgearbeitet worden sind.

Wie ein Präsident Obama seine Prioritäten setzen würde, bleibt abzuwarten. Die bisherige Optik des Demokraten lässt aber vermuten, dass er sein Augenmerk stärker als McCain auf die Innenpolitik richten würde. Was dies für die Aussenpolitik Amerikas bedeuten würde, darauf werden wir in der Podiumsdiskussion genauer eingehen. Einige Thesen möchte ich hier in aller Kürze in die Runde werfen:

Die Finanzkrise und die drohende Rezession werden den nächsten Präsidenten zwingen, sich zunächst vor allem mit der Wirtschaft zu befassen.

Einen Rückzug in den Isolationismus wird es deswegen nicht geben. Aber vor kostspieligen neuen Engagements im Ausland, ob militärisch oder nicht militärisch, wird besonders eine demokratische Administration zögern.

Obama wird gleich nach seinem Amtsantritt mit einem beschleunigten Truppenabzug aus dem Irak beginnen. Paradoxerweise wird er dabei vom Erfolg der zweijährigen «Surge»-Strategie profitieren, die er selber immer abgelehnt hatte.

Sowohl McCain wie Obama würden als Präsident einen neuen Stil ins Weisse Haus bringen, der Amerika weltweit neuen Goodwill verschaffen kann. Die Wahrnehmung vieler Weltprobleme wird jedoch in Washington anders bleiben als in vielen anderen Hauptstädten, was weiterhin zu Irritationen führen wird.

Die Finanzkrise besiegelt nicht den Niedergang der USA als führende Weltmacht. Im Gegenteil ist gut denkbar, dass Amerika die Krise besser meistern wird als andere Länder, die nun in den Sog gezogen werden. Noch auf lange Sicht hinaus bleiben die USA die grösste Wirtschaftsnation der Welt und werden wie kein anderes Land in der Lage sein, ihre einzigartige Kombination von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht selbstbewusst auszuspielen.